

Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Einleitende Anmerkungen

Caroline Y. Robertson-von Trotha

In der medialen Öffentlichkeit und in fachlichen Kontexten werden Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus regelmäßig als gesellschaftliche Probleme thematisiert; jährlich verzeichnet der Verfassungsschutz hohe Zahlen für rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten – dennoch wird Rechtsextremismus zumeist erst dann wahrgenommen, wenn Nachrichten und Bilder der Gewalt aus der aktiven Neonazi-Szene unübersehbar in den Medien vorgestellt werden bzw. wenn rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien Wahlerfolge erzielen. Der militante Neonazi, der nationalistische Intellektuelle oder der populistische Politiker – alle werden mit dem Begriff ‚rechtsextrem‘ bezeichnet. Inwieweit ist es angemessen, derart verschiedene Phänomene unter einem gemeinsamen Terminus zu fassen?¹ Der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ ist unscharf, seine Verwendung nicht unproblematisch. In Politik, Wissenschaft und Fachpraxis wird der Begriff unterschiedlich, teilweise auch höchst kontrovers, definiert bzw. verwendet.² So können organisierte Gruppierungen als rechtsextrem bezeichnet werden, deren Ideologie und Handlungsweisen antidemokratische, fremdenfeindliche oder terroristische Züge aufweisen. Aber auch die Wahlentscheidung für eine rechtsextreme Partei, die positive Bewertung des Nationalsozialismus oder die bloße Einstellung, die sich im Spektrum von Demokratie- und Ausländerfeindlichkeit bewegt, bis hin zu Straf- bzw. Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund gelten als rechtsextrem. Der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ hat sich in Deutschland, wie Peter Rieker bemerkt,

„sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in den spezialisierten Diskursen verschiedener Fachdisziplinen inzwischen als Sammelbegriff für politische und soziale Orientierungs- und Handlungsweisen etabliert, die sich gegen Demokratie und Rechtsstaat, ethnisch-kulturelle Vielfalt und Toleranz sowie die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus richten – was nicht heißt, dass nicht regelmäßig berechtigte Kritik an diesem Begriff und seiner Verwendung formuliert wird.“³

Problematische Aspekte des Extremismuskonzepts bzw. des Begriffs ‚Rechtsextremismus‘ stellen dabei vor allem das Verhältnis von ‚Mitte‘ und ‚Rand‘ sowie dasjenige von ‚links‘ und ‚rechts‘ dar.

1 Vgl. *Armin Pfahl-Traughber*: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 1999, S. 11.

2 Vgl. *Peter Rieker*: Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf, Weinheim/München 2009, S. 11.

3 Ebd., S. 12.

Das Wort ‚Rechtsextremismus‘ ist ein Relationsbegriff, sprachlogisch verweist Extremismus auf „einen Gegenbegriff, also etwa auf ‚Normalität‘, so wie ‚Rand‘ nur in Relation zu einer ‚Mitte‘ sinnvoll verwendet werden kann.“⁴ Während nun der Rand bzw. die ‚Extreme‘ als Bedrohung und Gefährdung der Demokratie und des Rechtsstaates erscheint, wird die Mitte als Schutzraum der freiheitlichen demokratischen Grundordnung imaginiert und idealisiert. Nach allgemeiner Vorstellung wird die Demokratie ausschließlich von den Extremen bedroht, nicht aber „aus der Mitte der Gesellschaft heraus.“⁵ Damit wird der Rechtsextremismus zunehmend zu einem Randphänomen erklärt.

Nach der verfassungsrechtlichen Definition von Extremismus wird die Demokratie jedoch nicht nur von rechts bedroht, sondern auch von links, und das gleichermaßen. Aufgrund der Rechts-Links-Dichotomie entsteht nicht nur die Idee einer Mitte, an deren politischem Rand der Rechtsextremismus verortet ist, vielmehr erscheint die Mitte sowohl von rechts als auch von links gleich weit entfernt.⁶ Schon aus inhaltlichen Gründen ist diese Gleichsetzung der Extremismen problematisch: Anders als bei rechtsextremen Gruppierungen, die von einer radikalen Ungleichheitsvorstellung geprägt sind, gehört zu den Grundprinzipien, die linksextreme Gruppen für sich reklamieren, die Radikalisierung des Egalitätsgedankens. Egalitätsvorstellungen sind jedoch Kennzeichen liberaler Demokratien.

Der Vorteil und Nutzen des Rechtsextremismus-Begriffs liegt jedoch in der dualen Definition des Begriffs, die von Wilhelm Heitmeyer stammt.⁷ Heitmeyer unterscheidet zwischen der rechtsextremen Handlung, hierbei insbesondere Gewalt, und der zugrunde liegenden Einstellung. Wird lediglich rechtsextremes Verhalten untersucht – nach Richard Stöss kann damit das Wahlverhalten gemeint sein, die Mitgliedschaft in einer Partei oder Organisation, die Beteiligung an Demonstrationen sowie ein provozierendes oder gewaltbereites Auftreten gegenüber ethnischen Minderheiten⁸ – scheint Rechtsextremismus wirklich ein Randphänomen zu sein. Untersucht man jedoch rechtsextreme Einstellungen, wird deutlich, dass Rechtsextremismus auch ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft ist. Nach der Studie *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*⁹ sind

4 Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael: Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, in: dies. (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Bonn 2006, S. 13.

5 Decker, Oliver u. a.: *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2010, S. 12.

6 Vgl. ebd., S. 13.

7 Vgl. Wilhelm Heitmeyer: *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*, Weinheim 1987.

8 Vgl. Richard Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*, 2. aktualisierte Aufl., hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007, S. 29.

9 Oliver Decker/Elmar Brähler: *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2006. Bei den in der Studie untersuchten sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellung handelt es sich um: Befürwortung der Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Antisemitismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

vor allem Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Antisemitismus weitverbreitete Einstellungsmuster. Über 30 % der Deutschen glauben demnach, dass Deutschland „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“¹⁰ sei; dieser Aussage stimmen weitere 28,2 % in Teilen zu. Insbesondere die weite Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit bietet Rechtsextremen einen Anknüpfungspunkt für deren Propaganda. Rechtsextremistische Einstellungen sind allerdings weniger die Verinnerlichung einer politischen Programmatik, als vielmehr die Aneignung einer Weltanschauung. Sie sind in allen gesellschaftlichen Gruppen vorhanden, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Nach Hans-Gerd Jaschke verfügen 10 bis 15 % der deutschen Bevölkerung über derartige Einstellungen und ein entsprechendes Weltbild.¹¹ Aufgrund ihrer weiten Verbreitung werden rechtsextreme Einstellungen leichtfertig verharmlost. Die Folge ist ein schleichender Prozess der wachsenden Akzeptanz dieser Einstellungen, der letztlich zur ‚Salonfähigkeit‘ derselben führt.

Den Hintergrund einer rechtsextremen Einstellung können eine Vielzahl von Faktoren bilden. Einen wichtigen (Einfluss-)Faktor stellt dabei die wirtschaftliche Deprivationserfahrung dar. Die Bedrohung des sozialen Status und damit einhergehende Ängste um den Arbeitsplatz, die Lebensperspektive etc. können rechtsextreme Einstellungen verfestigen. Vor allem sogenannte Modernisierungsverlierer, also Menschen, die eher schlecht ausgebildet sind und daher stark unter der Konkurrenz um Arbeitsplätze leiden, sind betroffen. Ein weiterer zentraler Faktor ist die politische Deprivation – das Gefühl, politisch keinen Einfluss zu haben. Die Unfähigkeit, mit solchen Krisensituationen – der Bedrohung des sozialen Status und der politischen Machtlosigkeit – umzugehen, kann rechtsextreme Tendenzen oftmals verstärken. Hierbei spielt der Stellenwert der frühen Sozialisation, also die in der Sozialisation erworbene Persönlichkeitsstruktur, eine wichtige Rolle.¹² Die Affinität zu Vorurteilen und antidemokratischen Positionen, aber auch die Anspannung bei sozialen Krisen sowie ein emotional kaltes, mitunter gewaltvolles Erziehungsklima können zusätzliche Erklärungshintergründe einer rechtsextremen Einstellung sein. Demnach müssen auch psychosoziale Faktoren als mögliche Ursachen angenommen werden. Schließlich kann auch die Angst, selbst Opfer von Gewalterfahrung (symbolisch oder konkret) zu werden, die Bereitschaft, gesellschaftliche (Rand-)Gruppen zu stigmatisieren, erhöhen.

10 Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2008, S. 20; Onlinedokument <http://library.fes.de/pdf-files/do/05864.pdf> [Stand: 20.06.2011].

11 Vgl. Hans-Gerd Jaschke: Rechtsextremismus, o. O. 2006; Onlinedokument <http://www.bpb.de/themen/DU09IB,0,Rechtsextremismus.html> [Stand: 20.06.2011].

12 Vgl. Decker/Brähler, 2006, S. 14.

Die größte rechtsextreme Partei in Deutschland ist die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD). Sie hat mehrere hundert Sitze in Kommunalparlamenten und ist in den Landesparlamenten von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern vertreten.¹³ Um innerhalb des ‚Nationalen Widerstands‘ eine zentrale Führungsrolle einnehmen zu können, arbeitet die NPD mit den Freien Kameradschaften und dem subkulturellen Milieu eng zusammen. Laut Verfassungsschutzbericht sind das Ideal der ethnisch homogenen ‚Volksgemeinschaft‘ und damit zusammenhängend rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit sowie antisemitische Stereotype Teil ihrer Ideologie.¹⁴ Die parlamentarische Demokratie und die verfassungsrechtlich verankerten Grundprinzipien lehnt die NPD kategorisch ab. Einzig im historischen Nationalsozialismus sieht sie ihre ideologischen Basiselemente als prinzipiell verwirklicht an. Die Folgen sind eine verharmlosende bis positive Bewertung des Dritten Reiches sowie eine Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen. Mit dem Strategiekonzept der Vier Säulen (‚Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente und Kampf um den organisierten Willen‘) versucht die NPD das politische System in Deutschland zu überwinden. Theorie- und Programmarbeit erfolgen dabei auf verschiedenen Ebenen: Während die Partei in der Öffentlichkeit, bei Demonstrationen oder Aufmärschen, deutliche Präsenz zeigt und mitunter aggressiv auftritt, zeigt sie sich im Alltag nahe an den praktischen Bedürfnissen der Bevölkerung und instrumentalisiert dabei die Unzufriedenheit, die Ängste und aktuellen Konflikte für ihre Zwecke. Teil des Konzepts ‚Kampf um die Köpfe‘ ist die sogenannte Wortergreifungsstrategie: Während öffentlicher Veranstaltungen, insbesondere von politischen Gegnern, fordern Anhänger und Parteimitglieder Toleranz und Meinungsfreiheit, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und ihre ideologischen Positionen provokativ zu platzieren. Auch Parlamente werden als öffentlichkeitswirksame Agitationsplattformen genutzt, zudem dient vor allem die Präsenz in den Landtagen der eigenen Professionalisierung.

Generell hat sich die rechtsextreme Szene in den letzten Jahren sichtlich professionalisiert. So nutzt sie einerseits eine Vielfalt von Instrumenten und Auftrittsmöglichkeiten, um von der Öffentlichkeit, insbesondere von den Medien, beachtet zu werden; vor allem rechtsintellektuelle Kreise veranstalten Kongresse und Tagungen, bauen Schulungszentren auf, gründen Zeitungen, Zeitschriften und neue Verlage. Andererseits ist ihr Auftreten auch differenzierter geworden. Die Professionalisierung umfasst neue taktische Methoden, die subtiler und effektiver sind, insbesondere in Bezug auf die Rekrutierung von Jugendlichen für ihre Ideologien. Nach wie vor ist die rechtsextreme Szene jedoch fähig – und oft auch bereit – zu brutaler Gewalt. Als Instrumentalisierungs-, Verbreitungs- und Organisationsmedien dienen Musik, Fanclubs sowie subtile rechtspopulistische Milieus und Subkulturen,

13 Stand: Juli 2011.

14 Vgl. *Bundesministerium des Innern* (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 73-100; Onlinedokument http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2009.pdf [Stand: 20.06.2011].

dies oft verbunden mit der Plattform Internet. Im internationalen Kontext bietet das Internet zudem die Möglichkeit, Konzerte oder Aufmärsche zu organisieren und rechtsextremes, verfassungsfeindliches Material zugänglich zu machen. Die Zusammenarbeit bei Demonstrationen und ‚Gedenkveranstaltungen‘ deutet darauf hin, dass rechtsextreme Gruppierungen zunehmend international agieren. Rechtsextremismus ist demnach nicht nur ein deutsches Phänomen, es ist vielmehr zu einem europäischen Problem geworden, wie die folgenden Wahlergebnisse deutlich machen:

Bei der Parlamentswahl in Finnland im April 2011 lagen die rechtspopulistischen *Wahren Finnen* mit 19 % nur knapp hinter der konservativen Nationalpartei, die mit 20,4 %¹⁵ der Stimmen die Wahl gewonnen hat. Die Rechtspopulisten unter Parteichef Timo Soini konnten damit ihre Stimmzahl im Vergleich zu den Wahlen von 2007 (4,1 %) mehr als vervierfachen. Mit ihrem europakritisch geführten Wahlkampf und der Forderung nach Verschärfungen bei der Ausländerpolitik wurde die bislang kleinste im Parlament vertretene Partei drittstärkste Kraft. Aufgrund ihrer strikt ablehnenden Haltung gegenüber dem EU-Stabilitätspakt mit Finanzhilfen an überschuldete Länder wie Griechenland, Irland und Portugal zogen sie sich jedoch aus den Koalitionsgesprächen mit den Konservativen zurück. Währenddessen führt in Frankreich nach einer aktuellen Umfrage für die Zeitung *Le Parisien* zur Präsidentschaftswahl 2012 die Vorsitzende der rechtsextremen *Front National* mit 23 % vor Amtsinhaber Nicolas Sarkozy und der Parteivorsitzenden der *Parti socialiste* (PS), Martine Aubry, mit nur jeweils 21 %.¹⁶ Marine Le Pen hat den Vorsitz im Januar 2011 von ihrem Vater Jean-Marie Le Pen übernommen. Dieser konnte über Jahrzehnte hinweg mit seiner populistischen Strategie gegen Einwanderung, der Forderung nach mehr Sicherheit und der Mobilmachung gegen kulturelle Überfremdung deutliche Wahlerfolge erringen. Bei den EU-Wahlen in Dänemark im Juni 2009 erhielt Morten Meserschmidt, der Spitzenkandidat der rechtsextremen *Dänischen Volkspartei* (DVP), mit nationalistischen Wahlslogans wie „Gebt uns Dänemark zurück“ die meisten Stimmen und konnte sich so den Direkteinzug in das Europäische Parlament sichern. Insgesamt erhielt die DVP 15,3 % der Stimmen. Weitere Wahlerfolge konnten u. a. die *Schwedendemokraten*, die belgische *Vlaams Belang* und die ungarische *Jobbik*¹⁷ erzielen. Der niederländischen *Partei für die Freiheit* (PVV) gelang unter dem islamfeindlichen Demagogen Geert Wilders gegenüber der Parlamentswahl im Jahr 2006 sogar ein Stimmenzuwachs von fast 10 % (2006: 5,9 %; 2010: 15,5 %), damit wurde die PVV drittstärkste Partei. In einigen Ländern gelingt es den ‚rechten‘ Parteien zudem,

15 Vgl. <http://www.faz.net/artikel/C30638/wahl-in-finnland-konservative-und-euro-kritiker-sind-diesieger-30334422.html> [Stand: 20.06.2011]

16 Vgl. <http://derstandard.at/1297819633545/Praesidentschaftswahl-Marine-Le-Pen-liegt-in-Umfrage-vorne> [Stand: 20.06.2011].

17 Bei den Wahlen 2010 gelang den *Schwedendemokraten* mit 5,7 % der Stimmen der Einzug ins Parlament, die belgische *Vlaams Belang* erhielt 12 Sitze in der Abgeordnetenkammer und die ungarische *Jobbik* erhielt sogar 16,7 % der Stimmen.

Einfluss auf die Regierungspolitik zu nehmen, wie etwa in Dänemark, wo die liberal-konservative Koalition unter Premierminister Lars Løkke Rasmussen von der Duldung der DVP abhängig ist. Diese erzwang nicht nur „eine drastischere Verschärfung des Ausländerrechts“,¹⁸ auch die Wiedereinführung permanenter Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze ist auf eine Initiative der DVP zurückzuführen. Rechtsextreme Parteien in Europa erzielten jedoch nicht nur Wahlerfolge, auch Straftaten und der Organisationsgrad der rechtsextremen Szene nehmen zu, ebenso wie die Vernetzung auf internationaler Ebene.

Auch wenn der Gedanke einer europa- oder weltweiten Zusammenarbeit ihrer Ideologie widerspricht, ist die internationale Zusammenarbeit der Rechtsextremen mittlerweile eine Tatsache. Die Selbstdefinition dieser neuen, globalisierten Rechtsextremen findet nicht mehr primär über die eigene Nation statt, sondern vielmehr über ihre Zugehörigkeit zur ‚weißen Rasse‘. Dieses neue Selbstverständnis ermöglicht auch die Zusammenarbeit von deutschen, polnischen und US-amerikanischen Rechtsextremen.¹⁹ Nicht mehr der Ausländer *per se* ist dann das Feindbild, sondern jeder, der die absolute Vorrangstellung der ‚weißen Rasse‘ infrage stellt oder diese durch die schädliche Mischung ethnischer Gruppen ‚verunreinigt‘. Allerdings haben die Feindbilder teilweise unterschiedliche Konturen: Während die ungarische *Jobbik* und andere osteuropäische Gruppierungen ihre Hetzpropaganda vor allem gegen Roma und oft auch gegen Juden richten, agitieren Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in Westeuropa primär gegen Ausländer mit anderer Hautfarbe, besonders auch aus dem islamisch-arabischen Raum.²⁰ Dabei bemühen sie sich um eine moderne Selbstdarstellung und geben sich sogar betont israelfreundlich; dies allerdings aus taktischem Kalkül. Mit dem Verweis auf die Bedrohung der Juden durch den islamistischen Terror rechtfertigen u. a. Belgiens *Vlaams Belang*, die niederländische PVV und die Bürgerbewegung pro Köln e.V. ihre islamfeindliche Propaganda. Nicht mehr ‚die Juden‘ stehen im Fokus rassistischer Äußerungen, sondern zunehmend Muslime. Demnach wird – zumindest öffentlich – Judenfeindlichkeit abgelehnt. Nach der neurechten Ideologie des Ethnopluralismus entspricht aber letztlich jeder Mensch, dessen Hautfarbe sich von jener der Bevölkerungsmehrheit eines Landes unterscheidet, dem Feindbild. „Deutschland den Deutschen, die Türkei den Türken“ – dieses Schlagwort entspricht im Kern der Theorie des Ethnopluralismus und wird dementsprechend parolenhaft eingesetzt. Auch wenn er sich begrifflich von völkisch-biologistischen Rassekonzepten unterscheiden mag, ist der Ethnopluralismus letztlich nichts anderes als ein Euphemismus für die einfache Formel ‚Ausländer raus‘.

18 Jansen, Frank: Rechtsruck in Europa. Hass und Ängste schüren, in: *Der Tagesspiegel*, vom 13.04.2010; Onlinedokument <http://www.tagesspiegel.de/politik/hass-und-aengste-schueren/1787352.html> [Stand: 20.06.2011]

19 Vgl. Holger Spöhr/Sarah Kolls (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich*, Frankfurt am Main 2010, S. 11.

20 Vgl. Jansen, 2010.

Literaturverzeichnis

- Bauer, Werner T.:* Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa, aktualisierte Fassung, Wien 2011
- Bundesministerium des Innern* (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010; Onlinedokument http://www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/vsbericht_2009.pdf [Stand: 20.06.2011]
- Butterwegge, Christoph:* Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996
- Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar:* Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2010; Onlinedokument <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf> [Stand: 20.06.2011]
- dies./Brähler, Elmar:* Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2008; Onlinedokument <http://library.fes.de/pdf-files/do/05864.pdf> [Stand: 20.06.2011]
- dies.:* Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2006; Onlinedokument <http://library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf> [Stand: 20.06.2011]
- Heitmeyer, Wilhelm:* Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim 1987
- Jansen, Frank:* Rechtsruck in Europa. Hass und Ängste schüren, in: *Der Tagesspiegel*, vom 13.04.2010; Onlinedokument <http://www.tagesspiegel.de/politik/hass-und-aengste-schue-ren/1787352.html> [Stand: 20.06.2011]
- Janaschke, Hans-Gerd:* Rechtsextremismus, o. O. 2006; Onlinedokument <http://www.bpb.de/themen/DU09IB,0,Rechtsextremismus.html> [Stand: 20.06.2011]
- Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael:* Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung, in: *dies.* (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Bonn 2006
- Pfahl-Traughber, Armin:* Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 1999
- „Rechtspopulisten legen bei Wahl in Finnland stark zu“, in: *Zeit Online*, vom 17.04.2011; Onlinedokument <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-04/finnland-parlamentswahl-populisten> [Stand: 20.06.2011]
- Rieker, Peter:* Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf, Weinheim/München 2009
- Spöhr, Holger/Kolls, Sarah* (Hrsg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich, Frankfurt am Main 2010
- Stöss, Richard:* Rechtsextremismus im Wandel, 2. aktualisierte Aufl., hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007; Onlinedokument <http://library.fes.de/pdf-files/do/05227.pdf> [Stand: 20.06.2011]

Caroline Y. Robertson-von Trotha

<http://derstandard.at/1244460329998/Daenemark-Rechtsextremer-Kandidat-erhielt-die-meisten-Stimmen> [Stand: 20.06.2011]

<http://derstandard.at/1297819633545/Praesidentschaftswahl-Marine-Le-Pen-liegt-in-Umfrage-vorne> [Stand: 20.06.2011]

<http://www.faz.net/artikel/C30638/wahl-in-finnland-konservative-und-euro-kritiker-sind-die-sieger-30334422.html> [Stand: 20.06.2011]